

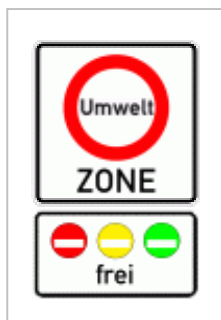
Bunter Strauss an Massnahmen und Schildern

Umweltzonen sorgen für Aufforstungsoffensive

Der Schilderwald in Europa ist seit einiger Zeit um ein paar Exemplare reicher, und er wächst weiter. Denn: In immer mehr europäischen Städten werden Umweltzonen eingerichtet – und da müssen selbstverständlich neue Schilder her. In diesen Zonen gelten Fahrverbote und -beschränkungen für Fahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoss. Möglich macht das eine EU-Richtlinie, die jedes Land dazu verpflichtet, die Luftqualität in stark mit Abgasen belasteten Gebieten zu verbessern. Gleichzeitig wurden europaweit einheitliche Grenzwerte für gesundheitsschädliche Schadstoffe wie zum Beispiel Feinstaub vorgeschrieben. Diese Grenzwerte werden in vielen europäischen Städten derzeit massiv überschritten.

Die EU-Richtlinie schreibt aber nur vor, welche Grenzwerte für welche Schadstoffe gelten und wie oft sie pro Jahr überschritten werden dürfen. Wie die Einhaltung der Grenzwerte sichergestellt wird, bleibt jedem EU-Land selbst überlassen. Für Europa bedeutet das ein buntes Potpourri an nationalen Massnahmen und Regelungen – frei nach dem Motto: vereint schlagen, getrennt marschieren. Und dieser Marsch führt direkt in den Schilderwald, denn ebenso unterschiedlich wie die Umsetzung der Richtlinie in den verschiedenen europäischen Staaten ist die entsprechende Beschilderung.

Umweltzonen in Deutschland



In Deutschland gibt es Umweltzonen bereits in 24 Kommunen, darunter Berlin, Hannover, Köln und, als jüngste, München. Bis 2010 sollen mindestens 23 Städte und Gemeinden dazu kommen. Fahrzeuge, die in eine Umweltzone fahren, müssen mit einer Feinstaub-Plakette ausgestattet sein, und zwar auch, wenn sie aus dem Ausland kommen. Welche der Plaketten in den Ampelfarben grün, gelb oder rot ein Auto bekommt, hängt von der Euro-Emissionsklasse ab, in die es eingestuft ist. Wer ohne Plakette in die Zonen einfährt, riskiert eine Geldbusse von 40 Euro sowie einen Punkt im nationalen Verkehrszentralregister.

Mischmasch in Italien



Etwas anders verhält es sich in Italien. Hier gelten in den Wintermonaten in mehreren Smog-gefährdeten Städten unterschiedliche Einschränkungen für Fahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoss, so zum Beispiel in Bozen. Mailand hingegen hat einen Sonderweg eingeschlagen und zusätzlich zu diesem saisonalen Fahrverbot eine emissionsabhängige Citygebühr für Fahrzeuge eingeführt. Die Autofahrer müssen zwei bis zehn Euro investieren, wenn sie montags bis freitags zwischen 7.30 und 19.30 Uhr in die sogenannte Ecopass-Zone einfahren. Das gilt auch für

ausländische Fahrzeuge. Wer ohne diesen Ecopass in der Innenstadt unterwegs ist, dem droht eine saftige Geldbusse von mindestens 70 Euro.

Umweltzonen für Lkw, Citygebühr für Pkw



Aufatmen können dagegen Autofahrer in Grossbritannien, den Niederlanden, Dänemark, Norwegen und Schweden. Hier gelten Verkehrsbeschränkungen in Umweltzonen nur für Lkw. In London allerdings wird schon seit 2003 ebenfalls eine Citygebühr erhoben, die auch von Pkw-Fahrern entrichtet werden muss. Ein Tagesticket kostet derzeit acht Pfund, unabhängig vom Schadstoffausstoss des Fahrzeugs. Keine Rolle spielt auch, ob das Fahrzeug innerhalb der Zone bewegt wird oder nur geparkt ist.

Andere Länder – andere Sitten

Umweltzonen sind nur eine Möglichkeit, Gebiete mit hoher Schadstoffbelastung langfristig zu entlasten. Viele Länder in Europa ergreifen andere oder zusätzliche Massnahmen. Dazu zählen unter anderem Lkw-Fahrverbote oder allgemeine Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Autobahnen, wie sie zum Beispiel auf den Autobahnen A 1, A 10 und A 12 in Österreich eingeführt worden sind. Im norwegischen Oslo gilt im Winter auf bestimmten Hauptverkehrsstrassen eine Höchstgeschwindigkeit von 60 Stundenkilometern statt der sonst üblichen 80.

Viele Länder fördern auch den öffentlichen Personennahverkehr und modernisieren den kommunalen Fahrzeug. In der Schweiz und Spanien beispielsweise werden in den kommenden Jahren die meisten öffentlichen Verkehrsmittel auf emissionsarme Antriebsarten wie zum Beispiel Biogas oder Strom umgestellt.

Auch steuerliche Anreize sollen in einigen EU-Ländern dazu beitragen, die Schadstoffbelastung langfristig zu senken. So bezahlen die Halter von emissionsarmen Fahrzeugen in Spanien nur ein Viertel der regulären Motorfahrzeug-Steuer. In der Schweiz kommen Besitzer von gasbetriebenen Fahrzeugen in den Genuss eines Steuernachlasses von 40 Prozent auf Natur- und Flüssiggas. Und in Deutschland ist der Energiesteuersatz für Erdgas und Autogas niedriger als für Benzin und Diesel.